

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/196

Bad Godesberg, den 12. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Klare Verhältnisse</u> "Bon Wisch" und die Entwicklungshilfe	24
1	<u>Keine Glanzleistung</u> Bericht über die Lage der Jugend	21
2 - 3	<u>Schwierige Prozeduren</u> Mitte der Legislaturperiode - Koch große Gesetzesvorhaben Von Werner Jacobi, KfB	96
4	<u>Alarmzeichen an Spaniens Touristenhimmel</u> Leere Luxushotels - Zu hohe Preise Von Hermann Deml, Madrid	40
5	<u>Grüße an eine lebende Legende</u> JEWISH DAILY FORWARD - die größte Zeitung für Einwanderer in der USA Von Harry Golden, New York	40

* * *

Klare Verhältnisse

"Ben Wisch" und die Entwicklungshilfe

sp - Zum erstenmal, seit die Bundesrepublik Entwicklungshilfe leistet, hat der zuständige Minister Hans-Jürgen Wischniewski für jeden verständlich klargestellt, worum es hierbei geht:

- * Wir haben nichts zu verschenken, sondern leisten Entwicklungshilfe auf der Grundlage von Krediten, um anderen Völkern bessere Startbedingungen für ihre eigene industrielle Entwicklung zu geben.
- * Wir erschließen mit dieser Hilfe neue Märkte für die deutsche Wirtschaft.
- * Wir lassen uns politisch nicht erpressen.
- * Wir sind bereit, auch mit Ostblockländern gemeinsame Entwicklungsprojekte durchzuführen.

Lange hat es gedauert, bis diese Grundsätze der deutschen Entwicklungshilfe so unmißverständlich dargestellt wurden. Die allgemeinen Unklarheit, Sensationsmeldungen über "Goldene Boten" u.ä. hat viel dazu beigetragen, um die Entwicklungshilfe in unserem Land unpopulär zu machen. "Ben Wisch" weiß das und gerade deswegen hat er, wie es seiner Art entspricht, "Wägel mit Köpfen" gemacht. Zur Zeit werden 3 000 Entwicklungsprojekte auf ihre Wirksamkeit hin überprüft. Manches was früher aus rein politischen Gründen gegeben wurde und oft nur in einem losen Zusammenhang zu den eigenen wirtschaftlichen Leistungen des Nehmerlandes stand, wird dabei revidiert werden müssen. Es ist anzunehmen, daß es dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit gelungen ist, mit seinen Erklärungen vor dem Bundestag der Entwicklungshilfe jenen Standort in der deutschen Politik gegeben zu haben, den sie verdient.

Keine Glanzleistung

Bericht über die Lage der Jugend

sp - Mit 15 Referenten war Bundesfamilienminister Bruno Heck am Mittwoch im Bundestag angetreten, um den ersten Jahresbericht der Regierung vor dem Parlament zu vertreten. Was die Abgeordneten dazu sagten, war nicht gerade ein Lob für die geleistete Arbeit. Quer durch die Parteien hindurch wurde mit kritischen Bemerkungen nicht gespart. Immerhin, man hat wenigstens einen Anfang gemacht und will in Zukunft alle vier Jahre einen Bericht zur Lage der Jugend vorlegen. Dabei will man einzelne Schwerpunkte der Jugendhilfe herausarbeiten, wie es das Gesetz zur Änderung des Jugendwohlfahrtsgesetzes vorsieht. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Väter des Berichts eine Art Puzzlespiel, erarbeitet von zahlreichen Referenten, zusammengestellt haben. Ob das ausreicht um Zustand, Bewegung und Perspektiven der jungen Generation zu erfassen, dürfte mehr als zweifelhaft sein. Die Abgeordneten aller Parteien sparten denn auch nicht mit Kritik. Was man sich dabei gedacht hat, in dem Bericht darauf zu verzichten, die Situation der jungen Menschen in der Bundeswehr darzustellen, ist noch nicht ganz klar. Hoffentlich wird man es bald erfahren. - Dieser erste Bericht dürfte zu einem großen Teil noch das Ergebnis der Arbeiten früherer Bundesregierungen sein. In den Wandlungen des Bundestages sagte man, so sehe er auch aus. Die neuen und bereits in der Debatte vor dem Parlament spürbar gewordenen Impulse werden sich wohl in der weiteren Arbeit bald bemerkbar machen.

Schwierige Prozeduren

Mitte der Legislaturperiode - Noch große Gesetzesvorhaben

Von Werner Jacobi, MdB

Zwei Jahre nach der letzten Bundestagswahl sind vergangen. Der fünfte Deutsche Bundestag hat die Mitte seiner Legislaturperiode erreicht. Bis zum Wahlkampffahr 1969 bleibt ihm nicht mehr allzuviel Zeit für die Beratung und Verabschiedung umfassender Vorlagen. Dies gilt vor allem für einige Reformwerke, die schon seit langem in der Diskussion sind, angefangen bei der Strafrechtsreform bis zur Schaffung einer neuen Finanzverfassung und dem verkehrspolitischen Programm von Bundesminister Leber...

Zwar ist es richtig, daß die Große Koalition mit ihrer sogar zu Grundgesetzänderungen fähigen Mehrheit vorher nie gekannte optimale Vorbedingungen für einen relativ kurzen Gesetzgebungsgang mit sich gebracht hat. Dennoch darf eine solche allgemeine Feststellung nicht darüber hinwegtäuschen, daß es jeweils ja nicht nur um zeitgerechte, sondern auch um sachgerechte Entscheidungen geht. Gewiß hat das Parlament seine grundsätzlich positiven Beschlüsse zum zweiten Konjunkturprogramm und zur mittelfristigen Finanzplanung blitzschnell getroffen. Es ist jedoch dabei nicht in die Details eingestiegen. Das steht mit der Beratung vieler Einzelgesetze noch bevor. Dabei wird zwar das bereits grundsätzlich ausgesprochene Ja nicht das Gesamtwerk gefährden, doch es wird sich mit Sicherheit erneut erweisen, daß im Detail der Teufel steckt. Jedenfalls dürfte sich in der Klausur der Ausschüßeratungen ein hartes Tauziehen um einzelne Regelungen ergeben. Das aber kostet Zeit.

Ein Beispiel am Rande mag das zeigen. In Presseverlautbarungen, die verständlicherweise weites Aufsehen erregten, war von dem Zusammentreffen zahlreicher Mieterhöhungen zum 1. Januar 1968 zu lesen. In diesen Meldungen und selbst bei vom Bundeswohnungsministerium erfolgten Teildementis war völlig außer acht gelassen, daß selbst bei einer Beschleunigung der noch ausstehenden parlamentarischen Beratungen einige der angekündigten Maßnahmen nicht bereits zum Anfang, sondern erst im Laufe des Jahres durchgeführt werden können. Dies gilt beispielsweise hinsichtlich der für ältere Sozialwohnungen vorgesehenen Darlehens-, Zins- und damit Mieterhöhungen. Auch wenn der Bundestag hier rasch entscheiden sollte, bis zur Praktizierung dauert das Ganze noch geraume Zeit. Das ergibt sich u.a. dadurch, daß die Länder zur Vermeidung sozial und wirtschaftlich unerwünschter Mieterhöhungen für die zu bildenden Durchschnittsmieten Tabellen mit Richtsätzen aufstellen müssen. So wird es voraussichtlich Frühsummer, wenn nicht noch später werden, bis das bereits im Dezember 1966 in Aussicht genommene Zinserhöhungsgesetz, mit dem neue Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau mobilisiert werden sollen, die Inhaber älterer Sozialwohnungen zur Kasse ruft.

Nun betrifft unser Beispiel, dem einige vergleichbare zur Seite gestellt werden können, einen Fall, bei dem die Beratungsfristen und Sachentscheidungen im wesentlichen in der Hand des Bundestages liegen. Selbst wenn es um brisante tagespolitische Entscheidungen geht, ist hierbei also einigermaßen möglich, sich einen Zeitplan zu machen. Wie

Aber, wenn das Parlament im gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine beratungsfähige Vorlage in Händen hat und es dazu noch um schwerwiegende Pläne, ja um Reformen geht, bei denen auch noch eine qualifizierte Mehrheit der Länder erreicht werden muß? Wir haben gerade in den letzten Wochen wieder einmal einen Vorgeschmack von den besonderen Schwierigkeiten bekommen, die vor allem dann einer Lösung im Wege stehen, wenn es um die Änderung von Zuständigkeiten geht. Zu den Hauptfragen der von der Großen Koalition in Angriff genommenen Finanzreform gehört bekanntlich die Umformung einiger Länderaufgaben zu "Gemeinschaftsaufgaben". Was sich hier nach der zweitägigen Sitzung der Ministerpräsidenten der Länder zu Ansätzen für einen fairen, tragbaren und ausreichenden Kompromiß ergeben hat, macht deutlich, daß der von der Bundesregierung angestrebte Grundgesetzkatalog von der Mehrheit der Länder nie und nimmer akzeptiert werden wird. Lediglich Maßnahmen zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und des Hochschulbaues wurden von den Ministerpräsidenten als verfassungsrechtlich zu verankernde Gemeinschaftsaufgaben akzeptiert.

Immerhin ist das, was am Ende der Ministerpräsidentenkonferenz verlautbart wurde, mehr, als am ersten Tag erwartet werden konnte. Dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, Heinz Kühn, kommt das Verdienst zu, die ursprünglich knallharte Widerstandfront emotionaler "Nein"-Sager aufgelockert zu haben. Was bei dem weiteren Tauchieren endgültig herauskommen wird, ist im Augenblick noch nicht abzusehen. Dies gilt nicht nur für die Gemeinschaftsaufgaben, über die man sich - den guten Willen aller Beteiligten vorausgesetzt - schließlich doch wohl noch auf einer etwas breiteren Basis als der von den Länderchefs angebotenen einig werden könnte. Es gilt vor allem für ein von der Sache her noch wichtigeres Hauptkapitel der Finanzreform: die verfassungsgerechte Umverteilung des Steueraufkommens und die damit verbundene Neuordnung der Gemeindefinanzen.

Hier konnten es sich die Ministerpräsidenten der Länder relativ leicht machen. Nach der Betonung der Notwendigkeit einer umfassenden Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einschließlich einer Reform des Gemeindesteuersystems, die auch nach ihrer, der Länderchefs Meinung zu einer Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden führen müsse, versetzten sie in ihrer Schlusskommunikation der Bundesregierung einen Kaschstüber. Er besteht in dem Satz: "Einsichtlich der Gemeindefinanzreform erwarten die Ministerpräsidenten die zugesagten, aber noch ausstehenden Vorschläge der Bundesregierung".

In einer "Zwischenbilanz der Finanzreform" hat der Finanzexperte und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Alex Müller, kürzlich die sozialdemokratischen Vorstellungen noch einmal Punkt für Punkt herausgestellt. Seine Erklärung, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht bereit sei, die Neuordnung der kommunalen Finanzen sachlich anderen Fragen der Finanzreform nachzuordnen, darf als ein wichtiger Fingerzeig dafür angesehen werden, daß die jahrelangen sozialdemokratischen Bemühungen um eine Gesundung der Gemeindefinanzen anhalten. Nicht zuletzt im Zeichen der Großen Koalition, die hier und bei anderen Reformwerken allein imstande ist, vertretbare Lösungen zu erreichen. Allerdings sind allüberall noch unabsehbare schwierige Prozeduren zu überwinden. In der Koalition selbst, doch nicht zuletzt auch zwischen Bund und Ländern.

Alarmzeichen an Spaniens Touristenhimmel

Leere Luxushotels - Zu hohe Preise

Von H. Deml., Madrid

Mitteleuropas begüterte Touristen, vom Schwarzen Meer und anderen neuen Fremdenverkehrszentren angelockt, scheinen Spanien jetzt zu meiden. Die Luxushotels entpuppen sich zunehmend als "weiße Elefanten". Wenn Spanien auch 1967 noch mit 17,7 Millionen ausländischen Urlaubern rechnet, so sind dieses Jahr die Touristen mit geringerer Kasse an den Urlaubsort gereist und ärgerten sich weidlich über die gestiegenen Preise und "italienischen Verhältnisse". Wer den Abstecker nach Marokko wagte, sah sich plötzlich wieder als König: gute Unterkünfte zu billigen Preisen (Übernachtung für zwei Personen in guten Zimmern mit Dusche zu nur einer Mark), guter Service - all das, was in Spanien immer mehr in Vergessenheit gerät, weil den Hotelmanagern der Boom zu sehr zu Kopfe gestiegen ist.

Die Madrider Syndikatszeitung "Pueblo" ärgerte sich weidlich über Fremdenverkehrsmanager, die auf der faulen Haut liegen und forderte die Hoteliers auf, Rentnern aus der Bundesrepublik, Schweden, Frankreich und anderen hochindustrialisierten Ländern außerhalb der Saison günstige Bedingungen zu bieten, damit durch Unterbelegung nicht die Katastrophe eintrete, befangt durch eben jene Saumseligkeit, mit der die Hotelbesitzer "nur auf Touristen warten", aber nichts tun wollen um sie anzulocken. "Bleibt ein Industrieller auf seinen Lagerbeständen sitzen, dann sucht er sich seine Kunden im Ausland, aber die Hotellerie wartet mit arabischer Geduld auf die Gäste, die da kommen sollen..." räsionierte das Blatt.

In der Tat, es gibt genügend Alarmzeichen an Spaniens Touristenhimmel. Seit 1964 hatte z.B. das Luxushotel "Miramar" in Malaga 30 Millionen Peseten (2,1 Millionen DM) durch Unterbelegung verloren, in den letzten acht Monaten allein zehn Millionen Peseten (700.000,- DM). Es steht vor der Pleite. Als vor kurzen die Spanier in München ihr neues Fremdenverkehrsbüro eröffneten, mußten sie sich von einem deutschen Fernsehreporter ihre Schwächen vorhalten lassen. Immerhin war das spanische Fernsehen ehrlich genug, dieses Gespräch im Original zu übertragen und lückenlos zu übersetzen. Da war vielfach von "weißen Elefanten", nutzlosen Luxusbauten und von Fehlinvestitionen die Rede. Natürlich finden die Hotelmanager immer wieder Ausflüchte, wie der Direktor des "Miramar", der von der "katastrophalen Übersetzung des Gewerbes im Raume von Malaga" sprach. Hat er je versucht, eine vernünftige Werbe- und Preispolitik zu betreiben? In Spanien wird man sich wieder daran gewöhnen müssen, daß der Tourist König ist, daß er umworben sein will. Die Konkurrenz der neuen Fremdenverkehrsländer in nächster Nachbarschaft wird immer stärker spürbar. "Sich auf die faule Haut legen ist Selbstmord", findet nicht nur "Pueblo".

Grüße an eine lebende Legende

JEWISH DAILY FORWARD - die größte Zeitung für Einwanderer in den USA
Von Harry Golden, New York

Eine großartige Zeitung feiert in diesem Jahr ihren 70. Geburtstag:
der JEWISH DAILY FORWARD. Möge er noch lange leben!

Der FORWARD war die Zeitung für die Lower East Side (jüdisches Einwanderererviertel). Er war die einzige Zeitung, die die Einwanderer lesen konnten, denn nur wenige von ihnen beherrschten die englische Sprache. Er wurde im Jahre 1897 von einem Ausschuss von Freiwilligen gegründet, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, den Hunderttausenden jüdischen Einwanderern zu helfen, sich in dem neuen Land zurechtzufinden. Jahrelang war er die größte fremdsprachige Zeitung des Landes. Auf der Höhe seiner Popularität, um das Jahr 1922 herum, hatte er eine Auflage von 225.000 Exemplaren. Auf etwa 14 Seiten an den Wochentagen und 20 Seiten an Sonntagen brachte er (und bringt er heute noch) Nachrichten der Agenturen, Sport, Gesellschaftsnachrichten, Witze, Kommentare, eine Seite für die Frau, kritische Berichte auf kulturellem Gebiet und einen Fortsetzungsroman.

Fünfzig Jahre lang war Ab Cahan die Seele und der Herausgeber des FORWARD, der mit seiner Zeitung die Vorhut der Arbeiterführer bildete, die den Dschungel der New Yorker Ausbeuterbetriebe vernichteten. Cahan schrieb in Jiddisch und Englisch, und sein Roman "The Rise of David Levinsky" (David Levinskys Weg nach oben) ist eine klassische Abhandlung über die Anpassung der Einwanderer an die amerikanische Gesellschaft, ein Vorläufer von Jews Money (Juden ohne Geld) des verstorbenen Mike Gold.

Sowie seine Leserschaft älter wurde, veränderte sich auch der Dienst den der FORWARD ihnen leistete, allmählich: wo er einst Ratschläge gab, wie man sich in einem Theater benimmt, wie man ein Taschentuch trägt, wie man eine Serviette gebraucht, bringt er heute literarische und politische Artikel. Und wo einst der Leserdienst Ratschläge für Liebeskummer gab, kann man heute über die Probleme, Enkelkinder aufzuziehen und von der Einsamkeit alter Menschen lesen.

Der FORWARD nahm Jahrzehnte der Veränderungen im amerikanischen Journalismus vorweg. Er war die erste Zeitung, die das bei illustrierten übliche Konzept einführte, eine Sache von mehreren Gesichtspunkten aus darzustellen. Er bot seinen Lesern die ersten Spalten für persönliche Ratschläge, den "Bintel-Brief" (wörtlich übersetzt: "Ein Bündel von Briefen"), die von ernsthaft zu humorvoll varriierten. Die Satzmaschinen setzen noch immer, selbst die Anzeigen, in Jiddisch. Der Leserkreis, noch immer über 150.000 verkleinert sich. Wie keine andere Zeitung in der Geschichte bringt er sich selbst um sein Geschäft. Der Grund hierfür ist der Erfolg, das zu tun, was er sich ursprünglich vorgenommen hatte: den jüdischen Einwanderern zu helfen, sich in Amerika einzuleben.